

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-74513](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-74513)

Der Ammerländer

(Sprecher Nr. 5.)

erschient täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen.
Preis des Vierteljahres durch die Post frei ins Haus bezogen 4,50 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Alle Postanstalten und Postbriefträger nehmen Bestellungen entgegen. Zeitungspreis 15 die stülpfällige Kleinzeile (ober deren Raum) für Auftraggeber aus dem Freistaat Oldenburg 30 Pfg., für außerhalb des Freistaats wohnende 35 Pfg. Anzeigen kosten 1 Mark die Zeile.
Anzeigenannahme bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktag; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten.
Für die Rückgabe unverlangt eingehender Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Anrecht auf Rabatt geht verloren, wenn Anzeigenbestellungen durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Nachdruckkosten bei Aufgäbe der Anzeigen werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 301.

Westerfele, Donnerstag den 25. Dezember 1919.

59. Jahrgang.

Wo bleibt Amerika?

Wie im Frühjahr 1918, als die Friedensnot immer höher stieg, hatten die verbündeten Mächte keine Aussicht nach der Hilfe, die von jenem des großen Wasser kommen soll. Wilson, der Redelige und Redner, ist inzwischen ein stiller Mann geworden, und das amerikanische Volk, bereit freigegeben wie die Indianer, will nun den glücklichen überlebenden Weltkriegerleben an seinen Ort nichts mehr hören. Sie sind ihrer so gründlich überdrüssig geworden, daß sie selbst der Notwendigkeit eines formellen Friedensschlusses wenig irgend möglich überhaupt aus dem Wege gehen möchten. Seit Anfang September quillt sich der Krieges mit der Verabredung des Versailles Friedensvertrages ab, ohne zu einem Ende kommen zu können. Wenn es so weiter geht wie bisher, wird dieser Friedensvertrag schließlich noch länger dauern, als der Weltkrieg gedauert hat. Der Präsident, der in Paris die Erde aus ihren Angeln ziehen wollte, ist wie in der Verlesung verschwunden, sein Werk, mit dem er den Vereinigten Staaten den ausschlaggebenden Einfluß im Weltleben sichern wollte, zum Spielball der Parteien entwertet. Obener hat der Senatsausschuß sich auf eine Resolution geeinigt, die den Stempel des Kommissars mit aller Deutlichkeit an der Stirn trägt. Der Friedensvertrag soll als einseitig anerkannt, und die in Versailles für Amerika ausbedungenen Vorteile sollen angenommen werden. „Im großen und ganzen“ soll auch die internationale Liga zur Aufrechterhaltung des Friedens unterstützt werden, und „im allgemeinen“ will man auch in engen Beziehungen mit den bisherigen Alliierten verbleiben. Unentschieden dagegen bleibt die Frage der formellen Friedensratifikation; bis zu diesem Grade will man dem „Volk“ des Präsidenten die schwebende Neuerung nicht erweisen. Man will sich damit begnügen, daran zu erinnern, daß ja der Friede als wieder hergestellt zu betrachten sei, sobald drei Großmächte und Deutschland den Vertrag ratifiziert hätten — was gerade da der amerikanische Kongress sich noch lange zu bemühen. Also ein Verlegenheitsdickicht, wie er im Grunde steht. Ob der Senat ihn aufheben wird, steht auch noch dahin — was aber werden erst die Parteien zu ihm sagen? Man will allenfalls die Vorteile einheimlich, die der Friedensvertrag bietet, ohne seine Verpflichtungen auf sich zu nehmen, weil man sich zunächst in alle bestehenden europäischen Bündnisse einlassen zu werden, deren einige sich in schon in aller ihrer Schärfe zum Greifen deutlich am politischen Horizont ankündigen. Aber auf diese Art von Fassung der Dinge will man sich in London und in Paris begreiflicher Weise nicht einlassen. So ist denn guter Rat wieder einmal teuer.

Mit aller Parteilichkeit und Vorliebe, die ihm Freund und gegenüber eigen ist, hat der britische Militärpräsident im Unterhause berichtet, den vielen Amerikanern die Umstände ihres Standpunktes begreiflich zu machen. Ganz von selbst würde es sich verstehen, daß dann auch England den Umfang seiner europäischen Verpflichtungen einschränken möchte, was wiederum Herr Clemenceau mit entsprechenden Maßnahmen zu beantworten nicht umhin könnte. So triebe auch hier wieder ein Stein den andern. Nicht nur die belgische, die abriatische Frage bekümmert ein anderes Gesicht, auch für den deutschen Westen könnten neue Komplikationen entstehen, denen wir schwerlich anders als mit militärischen Mitteln zu begegnen vermöchten. Herr Lloyd George kündigt bereits für den 30. Dezember seine Ankunft in Paris an; kein Zweifel also, daß die Staatsmänner der Entente der Baubereitstellung in Washington so über so ein Ende machen wollen. Von dort hat man verstanden, durch seine Indispositionen, z. B. über den Notenwechsel in Sachen des britisch-belgischen Vertrages, die Stimmung in London etwas nachlässiger zu gestalten. Eben jetzt läßt auch der Staatssekretär Lansing an die Verpflichtungen erinnern, die Lord George am 21. Dezember 1914 dem früheren Sultan von Marokko gemacht hat. Er spricht von dem „sogenannten“ Protokoll, das England damals über das Mittelmeer erkaufte, und fügt hinzu, es werde angenommen, daß England beabsichtige, seine damaligen Verpflichtungen zu erfüllen. Einen empfindlichen Punkt konnte er schon nicht mehr berühren als diesen, zumal gerade in dem Augenblick, da in Skairo, in Alexandria ein Vordanzloch nach dem andern gegen die höchsten britischen Persönlichkeiten wird und die äußere Ordnung im Lande nur mit Hilfe der Kriegesgerichte aufrechterhalten werden kann. So wird also hindern- und herübergeschoben über den Großen Ozean, und Herr Wilson hat das Sprechen völlig verlernt. Wer weiß, was da noch werden mag?

Muslieferung von 1500 Deutschen.

Die „Kriegsgefangenen“-Klagen.

Die vom Obersten Kriegsrat ernannte internationale Kommission zur Aufklärung des Verzeichnisses der als schuldig bezeichneten Deutschen und zur Bestimmung des Vorgehens und der Stungen der gemachten Verträge, wie sie im Vertrag vorgelassen sind, hielt hier drei Sitzungen ab. Die Vorbereitungen für die Einleitung des gerichtlichen Verfahrens sind heute sehr vorangeschritten, da der Präsident der Kommission sich mit dem maßgebenden Verantwortlichen ins Gewehrnehmen gesetzt hat. Mehr als 500 ausserlebens deutsche Namen, darunter in der Mehrzahl militärische Personen, ein Sohn Wilhelms II., Kron-

prinz Rupprecht und eine Reihe von Armeekommandanten figurieren auf dem Verzeichnis. Insgesamt werden von allen Verbündeten zusammen der deutschen Regierung 1500 Namen mitgeteilt werden. Die Stellung Wilhelms II. wird ausserhalb der Londoner Konferenz geregelt werden, da er durch einen besonderen Artikel des Vertrages in Anlagensachen vertritt wird. Die der Vergehen an Personen verschiedener Nationalitäten angeklagten Deutschen sollen durch ein gemischtes Gericht abgeurteilt werden. Eine Anzahl von Kommandanten der Kriegesgefangenenlager in Deutschland, die französische Gefangenenlagern Schereverien aussetzen, soll ebenfalls zur Verantwortung gezogen werden. Diese Verhandlungen sollen vor einem Militärgericht in Paris im Laufe des Jahres 1920 stattfinden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Infrastruktur der Umfassung. Am 1. Januar tritt das neue Umfassungsgesetz in Kraft. Für die allgemeine, jetzt 1 1/2 Prozent betragende Umfassungserhöhung kommt eine Veranlagung einwirken, denn nicht in Frage; im Januar 1920 beginnt vielmehr zunächst die letzte Veranlagung der bisherigen Umfassung. Die Geschäftsmittel wird sich jedoch bereits bei der Preissteigerung um den neuen Satz einwirkend haben. Unmittelbar bedeutungsvoll ist, daß die auf 15 Prozent bemessene Zugsteuer mit wenigen Ausnahmen nicht mehr im Steuerhandel, sondern beim Verkäufer zu entrichten ist. Fabrikanten und sonstige Hersteller werden sich daher so schnell wie möglich mit der neuen Zugsteuererklärung in § 15 des Gesetzes und mit der für die entfallende Verpflichtung zur Führung eines Lagers- und eines Steuerbuches zu beschäftigen haben. Für die Abgrenzung der jetzt beim Verkäufer lagerepflichtigen Gegenstände der verbleibe es übrigens wegen der Befürchtung, die sie am 1. Januar 1920 an die Zugsteuerpflichtigen nach haben, auch im neuen Kalenderjahr bei der bisherigen Lagersteuerpflicht um 10 %.

Gesetzlich vorgeschrieben die Zahlung der 400 Mark. Der zweite Unterkommis des Reichsausschusses zur Unternehmungsausführung hat dem Staatsminister Dr. Delius seinen Bericht, der die wegen Steuererhöhung der Steuern auf den Weg. Der vom verbleibe Geschäftsbereich des Vermögens der Besitztümer zwischen dem mit der Aufrechterhaltung, den Vertrag innerhalb unter Boden an die Bureaukratie des Reiches zu zahlen. Dr. Delius berichtet in Übereinstimmung mit der von einer Antitrust wie Professor Binding begründeten Abhaltung des Urteils des Reichsausschusses nach wie vor als unzulässig und nichtig. Dr. Delius wird bei seinem Ersuchen bezogen und die Zahlung der Geldstrafe verweigert.

Abklärung des Abstammungsrechts in den Abstammungsangelegenheiten. Der preussische Landwirtschaftsminister hat Bestimmung getroffen, daß die in den Abstammungsangelegenheiten geborenen und abstammungsberechtigten Lohnempfänger und Lohnempfänger klassischer Dienststellen seiner Verwaltung, die an der Abstammung teilnehmen wollen, auf ihren Antrag zur Ausübung des Stimmrechts für die Dauer der Reise und der Abstammung unter Weiterbegrenzung des Jahres und Zahlung etwaiger Stimmrechtskosten beurlaubt werden.

Eine interessanten Klage gegen Mecklenburg-Schwerin. Der bekannte Herr Karl Michael von Mecklenburg-Strelitz, der als russischer Staatsangehöriger nach dem Tode des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz in der Thronfolge in Mecklenburg-Strelitz verblieben, hat eine Klage gegen den Freistaat Mecklenburg-Schwerin eingereicht. Die Klage lautet auf Anerkennung seines lehensrechtlichen Eigentums an dem Gute Langhagen, Amt Stavenhagen. Karl Michael, der der Sohn des Herzogs Georg in Mecklenburg und seiner Frau Katharina Michaelowna, Großfürstin von Rußland, ist, hat nach der Meinung des mecklenburgischen Staatsministeriums seine Ansprüche an das Gut wegen seiner Teilnahme am Krieg gegen Deutschland verfallen, da dies als Untreue gegen den Landes- und Kriegesfeind anzusehen sei. Der Kläger hingegen sieht auf dem Standpunkt, daß in jetziger Zeit der Lehensverband eine von den Verhältnissen überholte, im Absterben begriffene Rechtsinstitution sei, und daß die Verpflichtung aus dem Lehensverbande den staatsbürgerlichen Pflichten an weichen habe. Durch die Klage des Herzogs gewinnt die Mitteilung an Wahrheitsähnlichkeit, daß er sich in Mecklenburg dauernd niederlassen will.

Ausführungsverfall auf einen ewiglichen Offizier in Berlin. Auf dem Bahnhof Charlottenburg wurde ein englischer Offizier, der sich nach Deutschland begeben wollte, auf dem nicht erlaubten Teil des Bahnhofs, wo sich gewöhnlich der Schlafwagen befindet, überfallen und seiner Reisetasche beraubt. Die Reizeuge hat sofort strenge Untersuchung eingeleitet. Der Reichsbahnminister und der Polizeipräsident haben sich zur englischen Mission begeben und die Bedauern über den Fall ausgesprochen und strenge Untersuchung angefragt.

Drei deutsche Noten. Die deutsche Mission der Friedenskonferenz hat drei Noten überreicht. Die erste behandelt die Bedingungen für die Truppentransporte nach Inkraftsetzung des Friedensvertrages. Die zweite

behandelt eine Forderung, die zu Beginn der gegenwärtigen Verhandlungen zwischen den Schiffahrtsgesellschaften gestellt wurde, und gibt genauere Angaben hinsichtlich der deutschen letzten Kreuzer. Die dritte legt mit, daß die Nationalversammlung, das von den Deutschen unterzeichnete Protokoll über die Unterdrückung des Krieges an der Reichsversammlung über die Vereinigung Deutsch-Ostpreussens mit Deutschland überreicht genehmigt hat.

Ein Demonteur Scheidemanns. Das Kaiserliche Hofblatt enthält eine Erklärung des Abgeordneten Oberbürgermeisters Scheidemann, in der es heißt: Die Hauptangabe, daß ich eine Rede auf die Ermordung Nikolaus Bugenburs und Karl Mehnerts ausgelegt hätte, kam nur dem Kopfe eines abstraktmännlichen Menschen entgegen, kann nur dem Kopfe eines abstraktmännlichen Menschen entgegen kommen.

Geschäftlichen in Elßaß-Lothringen. Nach Meldungen aus Kolmar hat der Reichsminister der Gruppen im Elßaß, General Dumortier, Geschäftsreisen bei mehreren Deutschen halten lassen. Bei verschiedenen Besuchen seien Generale, Rezipienten und Patronen gefunden worden. Drei Personen sollen verhaftet worden sein.

Deutsch-Ostpreussen.

Auf der Jagd nach Bela Kun. Nach Meldungen aus Karlsruhe wurden dort die ungarischen Staatsangehörigen Grafen und Andreas Horvath angehalten. Grafen wurden dort mit einer Anzahl anderer Ungarn nach Österreich genommen, um Bela Kun und Genossen aus Karlsruhe nach Ungarn zu entführen und den Gerichten zu übergeben. In derselben Angelegenheit wurde vor einigen Tagen ein gewisser Alexander Blacik verhaftet. Er erklärte, mit den beiden Horvaths in Verbindung zu stehen. Die beiden Horvaths wurden verhaftet.

Frankreich.

Polnische Arbeiter für den Wiederaufbau. Die Ministerpräsidenten einen Brief des französischen Botschaftssekretärs in Warschau, in dem er sagt, Frankreich habe im Augenblicke keine ausländischen Arbeiter für den Wiederaufbau in der kaiserschen Note. Erst im Frühjahr werde sich die Notwendigkeit ergeben, polnische Arbeiter heranzuziehen. Dann würden sich die französischen Gewerkschaften direkt an ihre polnischen Kameraden wenden.

Amerika.

Der Senat und der Friedensvertrag. Die Kommissare des amerikanischen Senats für auswärtige Angelegenheiten hat die Resolution des Senats in Abgrenzung der Form angenommen. Sie bezweckt den Eintritt des Friedensvertrages mit der Pflicht, den Vereinigten Staaten die ihnen durch den Versailles Vertrag auszufließenden Vorteile zu wahren. Sie verweist, daß die Regierung im großen und ganzen ihre Unterstützung dem Projekte der Errichtung einer internationalen Liga zur Aufrechterhaltung des Friedens gewährt. Die demokratischen Mitglieder des Senats werden diese Resolution bekämpfen, während verschiedene Führer der Republikaner hoffen, in die die Grundzüge zur Schlichtung des Konfliktes zu setzen, der wegen des Friedensvertrages entstanden ist.

Russ- und Ausland.

London. Lord Curzon erklärte in einer Rede in Overpool, die Regierung werde die Errichtung einer internationalen Liga nicht bilden. Anstatt, wie der auf Frankreich, würden das britische Volk niemals dazu bringen, Irland Selbstbestimmung zu gewähren.

Paris. Dem Minister ist ein Gesuchen der polnischen Regierung zugegangen, betreffend die Auslieferung gemarterter deutscher Offiziere und Beamter, die sich im Brand der Belagerung von Warschau gegen das Völkerrecht schuldig gemacht haben sollen.

Wien. Die Kaiserin zum Tode verurteilten Terroristen sind in der Sache des Militärangewandten aus dem Maratentempel hingerichtet worden.

Wien. Die Kaiserin hat mit 212 gegen 216 Stimmen eine Tagesordnung angenommen, wonach sie nach Abklärung der Angelegenheiten die provisorischen Subkommissionen beauftragt. Mitteil hatte die Vertrauensfrage gestellt.

Kriegsgefangenenrückfälle aus England.

Berlin. Die Reichsgerichtliche für Kriegs- und Zivilsachen teilt mit: Von den bisher noch in England zurückgehaltenen Gefangenen — ihre Zahl wuchs am 9. Dezember von dem Minister von war-Informationen, Bureau in London auf 2321 beziffert — kehren 1800 Mann in den nächsten Tagen heim. Voraussichtlich sind es die Interenterten der Gefangenenlager Wakefield und Alton, die hierbei heimgekehrt werden.

Erzge für Deutschland.

Stettin. Es ist jetzt eine Willkür der Einfuhrbeschränkungen der Entente für schwedische Erz, die an demselben Werke geliefert werden sollen, zu erwarten. Von den Werken der Erzindustrie werden die meisten, die mit einem Erz für die deutsche Industrie über die Welt zu liefern in schwedischen Erz liefern, haben jetzt fünf bis sechs Erlaubnisse und Freieinfuhrrechte erhalten. Es werden in den nächsten Tagen einreisen.

Die deutschen Beamten in Polen. Herr. Der polnische Minister für die ehemals preussischen Provinzen hat eine Verordnung über den Inhalt erlassen: Den Staatsbeamten deutscher Staatsangehörigkeit, die in den autokratischen Gebieten tätig sind und die für eine besonders zu vereinbarte Zeit in ihren

Bisherigen Stellen dem polnischen Staate leisten wollen, werden die gleichen Dienstbezüge wie den polnischen Beamten zugesichert. Die Beamten müssen nur ihren Bittbegehren. Sie dürfen als Deutsche nicht bestraft oder schlecht behandelt werden. Nach Beendigung des Dienstvertrages können sie das polnische Staatsgebiet mit ihrem gesamten Hab und Gut ungehindert verlassen. Die Verordnung ist rechtsverbindlich ohne Rücksicht auf das Endergebnis der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Überfall auf die Prinzessin Ratibor.

Ratibor. Auf die Prinzessin von Ratibor wurde bei ihrer Autofahrt in der Nähe von Ventimig von unbekannten Tätern geschossen. Das Geschöß durchschlug den rechten Unterarm. Die Verletzte wurde im nächsten Krankenhaus versorgt und dann nach Schloss Manden gebracht.

Anarchie in Spanien.

Paris. Aus Spanien laufen fortgesetzt alarmierende Nachrichten ein. Infolge der furchtbaren Tötungen und des niedrigen Lohnes ist die Lage sehr ernst. In Barcelona sind Bombenattentate an der Tagesordnung. Während der letzten drei Monate wurden in Spanien über 100 Arbeiter getötet.

Die Sozialreformfrage in England.

London. Die Arbeiter, die die Sozialisierung der Verwerke verlangen, drohen der Regierung im Weigerungsfalle mit dem Generalkonstreik. Man nimmt an, daß die Regierung das Parlament auflösen und Neuwahlen auszurufen werde.

Blutige Gesechte bei Cetinje.

Paris. „Tempo“ meldet nach einer Mitteilung der montenegrinischen Regierung, daß zwischen dem 1. und 12. Dezember in der Umgegend von Cetinje blutige Kämpfe zwischen Serben und Montenegrinern stattgefunden hätten. Die montenegrinische Regierung habe ihre Proteste wegen der Verletzung des Landes durch die Serben bei der Friedenskonferenz wiederholt.

Türkisch-archaische Kämpfe.

Athen. Nach einer Meldung des griechischen Hauptquartiers sollen wiederum Kämpfe zwischen griechischen und türkischen Truppen in der Gegend von Adin und Manissa stattgefunden haben. Die Türken seien zurückgeschlagen worden.

Verschiedene Meldungen.

Berlin. Gegen Postle gerichtete Angriffe wurden von der Großberliner Bezirksverwaltung der Reichswehrangelegenheiten abgelehnt.

Berlin. Der Gesetzentwurf über die Abschaffung der Mittlungsgerichtsbarkeit liegt bereits fertig ausgearbeitet dem Reichsministerium zur Beratung vor.

Koblenz. Die interalliierte Rheinlandkommission hat die Wiedererrichtung der mittelrheinischen Zeit für das Reichsarchiv und die Verhältnisse im besetzten Gebiet nach der Kapitulation genehmigt.

München. Dem bayerischen Landtage ist eine Wahlvorlage mit dem Entwurf über Volksbegehren und Volksentscheidungen zugegangen.

Montreal (Kanada). Imhinein einem Güterzug und einem Personenzug, welcher die Gegend des Camiers „Camp de France“ transponierte, fand ein Zusammenstoß statt, bei welchem 15 Personen getötet und eine Unzahl verletzt wurden.

Bunte Tages-Chronik.

Berlin. Des Aufsichtsbüro der Wagners wird gegenwärtig einem Umbau unterzogen und soll Ende Februar bis Anfang März die Fabrik zwischen Friedriehsafen und Berlin wieder aufnehmen.

Wittichschaden. Die Ursache der großen Explosion in Marienfelde ist nun ermittelt. Die Granaten lagen auf 2 Meter hohen Stelzen. Beim Herunternehmen ist eine Lücke auf den Boden gefallen und explodiert.

Wostdan. Die proletarisierte russische Arbeiterklasse ist in ihrer Wohnung erdrückt worden. Es ist ein Mordmord vor. Der Täter hat eine große Gelohnung und seiner Nebenbuhlerin und Waise gerettet.

London. Der englische Dampfer „Manman“ ist mitten im Atlantischen Ozean untergegangen. 43 Personen sind ertrunken.

Kohlennot in den rheinischen Industriestädten. Duisburg ist für einige Tage noch mit Kohlen gedeckt jedoch beschränkt man für die nächste Zeit durch die allgemeine Kohlennot stark in Mitleidenhaft gezogen zu werden. Die großen Werke haben beschlossen, zwischen Weidenhagen und Weidenhagen ihre Betriebe stillzulegen. Die Kohlenversorgung Düsseldorf ist nach wie vor schlecht. Die städtische Gasanstalt kann nur in ganz geringem Maße Gas abgeben. Die Kohlenversorgung der beiden Elektrizitätswerke in Dortmund, die den ganzen rheinisch-westfälischen Industriebedarf mit Strom versorgen, da die Werke nicht selbst solchen produzieren, ist außerordentlich schlecht. In M. Gabbach ist die Beleuchtung eingestellt und die Industrie gefährdet.

Kraemündes neue Besitzer. Die von Hamburger Großveredlern zusammen mit der Firma Hugo Schines vor etwa Jahresfrist gegründete Hamburger Veredlungs-aktiengesellschaft hat nunmehr ins Ueberdies Handelsregister die von ihr mit vorläufig 100.000 Mark gegründete Seebadeanstalt Kraemünde G. m. b. H. eintragen lassen. Von der Gesellschaft sind bisher das Kurhaus, das Hotel Fürstlichhof, das Sanatorium und mehrere Villen in Kraemünde erworben worden. Weitere Kaufverhandlungen schweben noch. Die Gesellschaft will den Fremdenverkehr in großem Maße nach Kraemünde ziehen, u. a. durch einen ausgedehnten Autoverkehr und Befahrung der Küstenschiffahrt, ferner durch regelmäßige Schiffsverbindungen mit anderen Diebstädern und Passagier abfahren nach Dänemark und Südbremen als Substituten für den Verkehr. Kraemünde soll zu einem erstklassigen Seebad ausgebaut werden.

Falsche Aus- und Einfuhrscheine. Umfangreiche Fälschungen von Ein- und Ausfuhrscheinen beschäftigen kürzlich die Berliner Behörden. Eine Anzahl daran beteiligter Personen ist bereits verhaftet. Der Fälscher ist flüchtig. Eben so wird noch auf einen Mann geachtet, der als ein Dr. phil. Wau auftrat und für Schmeerer Firmen Einfuhrbescheinigungen in großem Umfang begehrt hatte. Was der Mann eigentlich für Arbeit sehr erledigt hatte, war die Anfertigung eines früheren Manneillens des Reichsfinanzministeriums namens Vorarbeit.

Militärpolizei-Einschleppung mit Militärkisten. Die Kriminalpolizei beschlagnahmte auf dem Berliner Bahnhof in Berlin 20000 Paar Militärkisten, die dem letzten Teil von einer Danziger Militärkisten-Fabrik hergestellt worden waren und zum Preis von 18 Mark das Paar an die Bevölkerung abzugeben sollten. Die An-

hektion der Kriminalpolizei hatte erfahren, daß ein gewisser Schloßbau Militärkisten für 88 Mark das Paar in großen Mengen zum Kauf anbot. Die Ermittlungen ergaben, daß es sich um die Danziger Kistenhandlung handelte und daß diese jetzt im Besitze einer Firma Conrad und Grao als Neufabrik waren, die sich „Verwertungs-Gesellschaft“ nennt.

800 Kirchenaustritte jeden Tag in Groß-Berlin. In Berlin und Brandenburg waren nach der Volkszählung von 1910 rund 57 000 Kirchenlose vorhanden. Durch die Kirchenaustrittsbewegung von 1912/14 war diese Zahl auf mindestens 100 000 angewachsen. Seit dem Juli 1919 hat die Kirchenaustrittsbewegung in verstärkter Lebhaftigkeit eingesetzt, so daß z. B. beim Amtsgericht Berlin-Mitte allein bis zum 30. Oktober 27 374 Kirchenaustritte erfolgten. Es heißt sich, daß beim Amtsgericht Berlin-Mitte täglich 400 Nummern für Kirchenaustritte ausgegeben werden, so daß man bei vorsichtiger Schätzung für die 11 Amtsgerichte Groß-Berlins täglich mindestens 800 Kirchenaustritte veranschlagen kann.

England ohne billiges Weihnachtsspielzeug. Diese Katastrophe beiläufig ein Artikel der „Times“. Das in England beliebteste Spielzeug ist den bürgerlichen Kindern zu teuer, namentlich Puppen sind nicht zu bezahlen. Puppenmüßel für Puppen den sollen in London 5 bis 8 Pfund Sterling (100 Mark nach Friedensstand), angestellte Puppen 2 Pfund Sterling, Puppenwagen kosten mehr, als Kinderwagen vor drei Jahren kosteten. Billiges Spielzeug ist so spärlich vorhanden, daß die Kinder der armen Leute dieses Jahr wohl keine Weihnachtsgeschenke haben werden.

Sturmfahrten. Neun transatlantische Dampfer mit ungefähr 10 000 Fahrgästen an Bord sind in New York angekommen. Sie waren ganz mit Eis überzogen. Die alte Dampfer haben mehr oder weniger schwere Schaden erlitten. Man kann sich nicht erinnern, in den letzten 40 Jahren einen solchen Sturm im Atlantischen Ozean erlebt zu haben.

Aus der Heimat — für die Heimat.

Westerode, den 24. Dezember 1919.

— A! Heller Freude und frohem Jubel wurde in früheren Zeiten das Weihnachtsfest begangen. In diesem Jahre wird es für viele nur eine stille Feier werden, denn Sorge und Herzeleid drückt sie nieder. So manche Familie trauert um einen lieben Gefährten, so manche auch bangt um den Sohn oder Bruder, der fern der Heimat in feindlicher Knechtschaft schmachtet. Aus ihrer Einsamkeit wandern die Gedanken unserer gesunden Volksgenossen am heiligen Abend wohl voll Sehnsucht hierher. — Möge es ihnen ein kleiner Trost sein, daß das ganze deutsche Vaterland an diesem Tage ihrer in Liebe und Treue gedenkt.

— Es sei auch an dieser Stelle noch darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonnabend den 27. d. Mts. die Entnahme von elektrischer Arbeit aus den Stromverteilungsnetzen, sowie die eigene Herstellung elektrischer Arbeit unter Verwendung von Kohlen verboten ist. Ausgenommen von diesem Verbot sind nur die Zeitungsdruckereien. (Siehe auch die letzte Bekanntmachung in der heutigen Nummer dieses Blattes.)

Ferner ist infolge der Kohlennot eine Rationierung des Gasverbrauches nötig geworden. Die Gasverbraucher, die der hiesigen Gasanstalt angeschlossen sind, erhalten in den nächsten Tagen Mitteilung, welche Höchstmenge Gas sie im Monat verbrauchen dürfen. Für Ueberschreitung der Höchstmenge ist ein Aufgeld von 50 Pfg. pro Kubikmeter zu zahlen.

Wie wird das Wetter? Der Beginn des astronomischen Winters, 22. Dezember, fiel in eine Tauwetterperiode, die erst in ihrem Anfangsstadium zu stehen schien. Durch die Veränderungen in den Luftströmungen über Ost- und Westeuropa wurden die bestehenden Bedingungen für die fälschlichen Teilungen in West- und Nordwesteuropa aufgehoben und überall fast Tauwetter ein. Nur in Nordostindien herrschte noch strenger Frost, während es in Deutschland vielfach auf Regenfall kam. Es ist zu erwarten, daß diese sich in den nächsten Tagen wiederholen und wohl schließlich auch über die Weihnachtsfeierlage abhalten werden. Wir werden also aller Voraussicht nach diesmal „grüne Weihnachten“ haben.

Freier Handel mit Sämereien. Nachdem bereits im vorletzten Jahre die Zwangsbeschränkung für Getreide und Obst so gut wie völlig beseitigt worden ist, wandten sich neuerdings Gemüsebauern, Handelsgärtner und sonstige Verbraucher an das Reichswirtschaftsministerium mit einem von der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft und dem preussischen Landwirtschaftsministerium unterstützten Antrag, der die Aufhebung der Nichtpreis- und des Erforderlichkeits der Handelsverhältnisse mit Gemüse sämereien betraf. Das Reichswirtschaftsministerium hat diesem Antrag stattgegeben und damit die letzten Reste der Zwangsbeschränkung auf dem Gebiete der Sämereien beseitigt.

Wentshöhe. In der vorigen Nacht brachen „Hühnermarder“ gewaltsam ein Fenster, und ohne weiteres noch ein Stück der Wand dazu, aus dem Hühnerkall des Landwirts D. Beeden hier und fragten sich dann schleunigst 10 wertvolle Vertreterinnen des edlen Federwies. Die Spur der Diebe lief sich durchs Moor bis an die Straße nach Grünkamp verfolgen, auf der Chauffeur war sie leider jedoch schon zu sehr vermischt.

Bad Zwischenahn. Haltet die Sicherheitswehren am Leben! Bis in den Spätsommer hinein war unsere Wehr jede Nacht unterwegs. Eine kurze Zeit hat sie ihre Tätigkeit eingestellt gehabt. In diese Zeit fallen die beiden großen Diebstähle bei den Kaufleuten Rühl und Flüge. Von den Gaunern hat man leider nichts erfahren. Reht hat unsere Sicherheitswehren den vollen Dienst wieder aufgenommen. Hoffentlich bleiben wir in Zukunft trotz der zunehmenden Unsicherheit von allem Gefindel verschont!

— Schneller als in anderen Jahren ist diesmal der See vom Eis befreit worden, wohl eine Folge des heftigen Wintes.

(a) Koffrup. Die Elektrizitäts-Anlage hier selbst ist fertig gestellt, und hat man überall die Karbid- und Petroleumlampen der Kumpfkammer übergeben. Soffentlich brauchen sie infolge von Betriebsstörungen nicht wieder zum Vorschein zu kommen. Die Unternehmer — die Hanseatischen Siemens-Schubert-Werke Bremen — haben die Anlage zur vollen Zufriedenheit hergestellt.

Apfen. Die niederschlagreiche Witterung der letzten Tage hat dem Boden außerordentliche Mengen Feuchtigkeit zugeführt, so daß die Gräben und Bächen die gewaltigen Wassermassen nicht mehr zu fassen vermögen und Wiesen und Acker überflutet werden, ein Uebelstand, der besonders wieder in unserer niedrig gelegenen Gemeinde deutlich zu Tage tritt. Der Schaden, der dadurch angerichtet wird, ist augenblicklich allerdings nicht im entferntesten so groß, wie er etwa zur Zeit der Heuernte wäre, ja, die überfluteten Wiesen würden bei dem zu erwartenden Frost der Jugend sogar eine willkommenen Eisbahn liefern — immerhin erinnern sie wieder einmal an das leidige Entwässerungsproblem, das noch immer einer schnellen, großzügigen Erledigung harret.

Musikfesten, 22. Dezember. Die hiesige Vullenhaltungsgesellschaft schaffte einen Stier im Werte von 6000 Mark an, der aus dem Jeverlande stammt. — Der „Gemischter Chor“ und der „Maffortverein“ hielten gestern im Mente'schen Saale einen Gesellschaftsabend ab. Die Wieder des Gemischten Chors, welcher erst vor einigen Monaten hier gegründet wurde, wurden gut und verständnisvoll unter der Leitung des Herrn Hauptlehrers Klinkel aus Südsiedersdorf dargeboten. Die Damen Zil. Schraper und Zil. Graf sowie Herr C. Schütte erfreuten die Hörer durch seine Klavierstücke. Ferner trugen Mitglieder der Artilleriekapelle aus Oldenburg, die später zum Ball aufspielten, durch ihre Darbietungen mit zur Unterhaltung bei. — Das Fest, das mit frühlichem Tenze endete, war recht gut besucht. — Ferner ist noch nachzuführen, daß die Aufführungen einen großen Teil des Abends einnahmen. Neben mehreren Herren beteiligten sich in heroischer Weise Zil. Steinfeld und Zil. Straß daran. Für die Vorkleidenden in Marienfelde wurde nach Schluß der Aufführungen eine Sammlung veranstaltet, welche die Summe von 242 Mark erbrachte.

In der Dunkelheit trifft man, besonders auf der Landstraße nach Südsiedersdorf, häufig Radfahrer ohne Licht an. Es ist sogar schon mehrfach vorgekommen, daß Fußgänger angefahren wurden. Es wäre deshalb sehr wünschenswert, wenn die sog. Dunkelritter fortan ein Licht mit sich führten.

Vor einigen Tagen wurde auf der hiesigen Station ein Schwein, welches zerteilt und in 2 Rufen verpackt war, um als Gepäck mitgenommen zu werden, seitens des Herrn Wachtmeisters beschlagnahmt.

Gewehre. Obwohl unsere Meinung nicht ist, alles Holz-Hauen ohne einen Unterschied die Heimat auf unsern Ammerlande hergebrachten Handel mit Wagen-Holz und Äckern gänzlich einzustellen, dennoch aber, damit aller bestgehenden Bewirtschaftung der Holzungen gesteuert und den bösen Haushaltern das Hauen benommen werde, so wollen wir hiermit und in Kraft hoher Landes Obrigkeit allen und jeden Unterthanen, bevorab denn auf unsern Ammerlande ersichtlich anbehalten haben, mit Hauern des Holzes beschaffen und dergestalt umzugehen, daß keine Verödung oder Verringerung des Holzes daraus erfolgen könne noch möge. — Diese weise und vernünftige Verfügung erließ Anno 1677 Christian der Dritte, König zu Dänemark und Graf zu Oldenburg, um der gänzligen Verödung und Verarmung unseres Landes vorzubeugen. Und heute? Wie in der Gegenwart völlig sinn- und planlos die Landschaft verschandelt und der Waldverbreit, der noch vor einigen Jahrzehnten ein in Gedeucht und Barzel jetzt fast ausgezehretes Gewerbe: den Schiffbau, zu hoher Blüte brachte, vernichtet wird, das spottet jeder Beschreibung! Es soll nicht gegen die Anholungen gesagt werden, wenn ihnen planmäßig Aufstellungen folgen würden, aber eben daran fehlt es! Auch heute wäre eine „Verordnung“ ähnlich derjenigen des alten Christian wohl am Platze. — Damit es unsern Unterthanen, welche eigene oder Gemeinshaft Holzungen haben, an Eichen Häckern nicht manquiren oder entreiben möge, soll ein jedweder in seinem Garten oder sonstwo ein Ort abräumen, denselben wohl umgraben und zu rechter Zeit mit guter Art Eichen besamen.

(3) Oldenburg. Der Postassistent Schwarting vom Postamt Westerode, der zur Zeit bei der Oberpostdirektion hier beschäftigt wird, hat die Post Sekretärsprüfung bestanden.

(b) Oldenburg, 23. Dez. Hier macht sich jetzt eine lebhafte Bewegung geltend, die gegen die Errichtung eines deutschen Einheitsstaates, bezw. gegen die Aufhebung Oldenburgs als selbstständigen Staat gerichtet ist. Wie wir hören, nimmt auch die Regierung diese Haltung ein. Dem Antrag soll gleich nach seinem Inkrafttreten Gelegenheit gegeben werden, zu der sehr wichtigen Frage Stellung zu nehmen. Man wird erst nach dem Ergebnis der Besprechungen in Berlin abwarten, die in den nächsten Wochen, von den Vertretern der Gliedstaaten abgehalten werden. Jedenfalls aber darf heute schon gesagt werden, daß unsere Bevölkerung in überwiegender Mehrheit die Beibehaltung Oldenburgs als selbstständigen Staat wünscht.

(Das Wuchergericht.) Im Laufe des rückliegenden Jahres wurde der Hunger desto dringender verlangt, daß der Schleißhandl und Wucherer im Lande energisch bekämpft und die Wucherer zur Bestrafung herangezogen würden. Die letzten großen Demonstrationen verfolgten in der Hauptsache das selbe Ziel. Die Staatsregierung hat nun inzwischen diesen Wünschen Rechnung getragen und angeordnet, daß zunächst für das ganze Jahr 1920 beim hies. Landgericht ein Wuchergericht errichtet werde, dem alle Verurteilungen in Angelegenheit gegen den Schleißhandel und Wucher zur

Geschäfts-Bücher — Broefer

Preisliste kostenlos, Ich empfehle Lagerbesuch.

Näh-Maschinen

Man vergleiche die Preise!
Man erprobe die Qualität!



Oldenburg i. O.
Ferntel 893
Langestr. 73
Munderloh

Gutes Nähmaschinen-garn trifft wieder ein.

Die erlante Frau, die gestern aus Berlin eine Handtliche mitgenommen hat, wird dieselbe bis zum 28. d. Mts. wieder abzugeben, sonst keine. Fritz Schneider.

Verloren in Augustfehn von der Posterei bis zur Post oder an der Bahn nach Detern eine Geldmappe mit Inhalt. Abzugeben Postamt Augustfehn.

Verloren auf d. Strohhorn-Füllfeder 1 große Pferdebede, gezeichnet 3. Wiederbringer Belohnung. G. Jiese.

An- u. Verkauf von Staatspapieren besonders Kriegsanleihen, Sorten, als fremde Wägen und Papiere.

Sparbrosen bitte möglichst bis 31. Dezember zur Entleerung abzugeben.

Fritz Wallrichs.

Nehme jetzt wieder **Stehrübren** ab und bitte um umgehende Anmeldung. Th. Ahreichts.

Landwirtschaftl. Klub Salsbek.

Am Sonnabend den 27. Dez. abends 7 Uhr.

Verjammung

in Salsbek.
Tagesordnung:
1. Verbindung von landw. Klub und Dorfband,
2. Vortrag: Eine Reise durch Nordamerika,
3. Bestellung von Saatgut.
Zur Ausfüllung der Saatkarten ist der Geschäftsführer schon um 5 Uhr bei Grünes. Auch Nichtmitglieder und Damen sind willkommen.
Der Vorstand.

Landw. Bezugsgeuoff. Salsbek-Eggeloge.

Saatgut

Safer, Weizen, Gerste und Bohnen, muß bis spätestens Sonntag bestellt werden. Zwecks Ausfüllung der betr. Formulare ist der Unterzeichnete auch Sonnabend (vor der Klubversammlung) von 5 Uhr an bei Grünes-Salsbek anwesend. NB Wegen Anlegung neuer Geschäftsbücher mit Jahresabschluss muß nochmals am Besprechungssamstag bis zum 31. d. Mts. gebeten werden.
Der Geschäftsführer.

Ammerländ. Schweinezuchtgenoss. e. V.
Die diesjährige ordentliche **Mitgliederversammlung** findet am Dienstag den 30. ds. Mts., nachm. 2 Uhr, in Meyers Hotel zu Zwischenschicht statt.
Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht, 2. Rechnungsablage, 3. Wahl des Rechnungsprüfers, 4. Satzungsänderung, 5. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Herrenanzüge
Tadellose Qualitäten.
185 Wr. 225 Wr. 275 Wr. 350 Wr. 450 Wr. etc.
Jede Größe fertig am Lager.
M. SCHULMANN,
38 Achternstr. Oldenburg, Achternstr. 38

Augustfehner Hof.
Das am 2. Weihnachtstag angefertigte **Sanzkränzchen** findet nicht statt.
A. Brüggemann.

Reinwollene **Herren-Stoffe**
schwarz — blau — farbig
Paletot-Stoffe **Hosen-Stoffe**
Damen-Kostüm-Stoffe
Nur allerbeste Qualitäten.
M. Schulmann,
38 Achternstr. Oldenburg, Achternstr. 38

Gasthof Mansingen
Am 1. Januar 1920:
Grosser Neujahrshall
Anfang 5 Uhr,
wogu freundl. einladet **Johann Hammje.**

Augustfehn.
Am 1. Januar:
Großer Neujahr-Ball,
Anfang 5 Uhr,
wogu freundlich einladet
H. Janßen.

Tabak,
Grobchnitt, recht preiswert
J. D. Stubben Nachf.
Salsbek.

Sozialdem. Wahlverein
Weserfiede.
Somitag den 28. Dezember, 4 Uhr nachm.,
Verjammung
im Ammerländer Hof.
Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Die verehrten jungen Damen werden höflich gebeten, zur gemeinsamen Kaffeetafel unserer Gynäsefeier Kunden mit zu bringen.
Verein j. Landwirte
B. u. H.

Aschhauserfeld.
Am 1. Januar
Neujahrshall,
wogu freundl. einladet
Heinr. Bensing.

Für anlässlich unserer Silberhochzeit erwiesene Aufmerksamkeit sagen herzlichen Dank.
Joh. Dierks und Frau,
Tersholt (Niermoor).
Als Verlobte empfehlen sich:
Janeffe Schwarzenberg
Reinhard Schlang
Esterfiede **Jhanßen**
Weihnachten 1919.

Ihre Verlobung geben bekannt
Rini Böden
Bernhard Sullinga
Jhanßen, Weihnachten 1919.

Ihre Verlobung geben bekannt:
Meta Bunjes
Fritz Schröder
Hollwege Elmendorferdamm
d. J. Ephanßen
Weihnachten 1919.

Die glückliche Geburt eines gesunden
Jungen
zeigen hochachtungsvoll an
Lehrer G. Gähler
u. Frau Lina geb. Sirenge.
Jhanßen, 23. 12. 19.

Hollwege.
Am 1. Januar:
Grosser Neujahrshall
(Mittkürmuff) — Anfang nachm. 4 Uhr,
wogu freundlich einladet **H. Heinemann.**

Zwischenahn — Meyers Hotel
Am 1. Januar 1920:
Großer Neujahr-Ball
mit erstklassiger Musik. — Anfang 5 Uhr.
Um zahlreiches Besuch bittet **Otto Meyer.**

Lindenhof.
Am Sonntag den 28. d. Mts.:
Einweihungs-Ball
Anfang 4 Uhr.
Hierzu ladet freundlich ein
H. Schweers.

Ihre Verlobung geben bekannt:
Marie Wemken
Eilt Eunen
Aschhauserfeld Saderneuland II
bei Norden
Weihnachten 1919.

Die Verlobung meiner Tochter **Alwine** mit Herrn **Hans Buderich** beehre ich mich anzuzeigen.
Frau Kathar. Dothe Ww.
geb. Janßen.
Augustfehn.
Alwine Hobbie
Hans Buderich
Augustfehn Bremen
Weihnachten 1919.

Ihre Verlobung geben bekannt:
Veni Buller
Fritz Bölts
Waddens, Butj. Augustfehn.

Ihre Verlobung zeigen an:
Martha Rahmann
Johann Vogemann
Petersfeld,
Weihnachten 1919.

Statt Karten.
Ihre Verlobung beehren sich anzuzeigen
Anna Janßen
Fritz Bohlken
Meinersfehn Neu-England
Weihnachten 1919.

Statt Karten!
Ihre Verlobung beehren sich anzuzeigen:
Selene Alberts
Berhard Rudebush
Hohelket Salsbek
Weihnachten 1919.

Ihre Verlobung beehren sich anzuzeigen:
Johanne Frähmann
Johann Oltmer
Eghorn Diersheps
d. J. Bürgerfelde
Weihnachten 1919.

Ihre Verlobung beehren sich anzuzeigen:
Helene Bruns
Louis Jäger
Wesel Eßtingen
d. Augustfehn
Weihnachten 1919.

Willi
im Alter von 1 1/2 Jahren
welches Teilnehmenden
zur Anzeige bringen
J. Claus und Frau,
geb. Bagemann.
—
Beeridigung ist Sonn-
abend um 4 Uhr. Vor-
her Trauerandacht im
Dause.

Der Ammerländer

(Vormittags Nr. 6.)

erscheint täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen.
Preis des Vierteljahrs durch die Post frei ins Haus bezogen 4,50 Mark, zum Vorhause von der Post 3,60 Mark. Alle Postanstalten und Landbriefträger nehmen Bestellungen entgegen. Anzeigenpreis des Monats für einpaarige Kleinzeile (ober beider Seiten) für Auftraggeber aus dem Freistaat Oldenburg 30 Pfg., für außerhalb des Freistaats wohnende 35 Pfg. Reklamen kosten 1 Mark die Zeile.
Anzeigen-Annahme bis 9 Uhr vormittags an gewissen Werktagen; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten.
Bei der Rückgabe unverlangt eingesandter Geschäftsbriefe wird keine Verantwortlichkeit übernommen. — Jedes Anrecht auf Abdruck geht verloren, wenn Anzeigen-Geldern durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Platzanzeigen bei Rückgabe der Anzeigen werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 302

Weserfiede, Sonntag den 28. Dezember 1919.

59. Jahrgang.

117...!

Schreckliches haben wir erlebt, haben wir erlitten in diesem Jahre des Unheils 1919. Missetate waren unter uns, die nach dem schmerzlichen Zusammenbruch, nach dem mit unheimlicher Raschheit vollzogenen Rück der Revolution das Schlimmste überwinden zu haben glaubten — die sich mit manigfaltiger Entschlossenheit loslösten von allem was ihnen lieb und teuer gewesen war die ganzes Leben hindurch, und die nun trübsalig aus Welt gehen wollten, um nach alter guter väterlicher Weise wieder aufzubauen, was zerstört worden war. Man wählte, kaum daß das neue Jahr begonnen hatte, eine verfassunggebende Nationalversammlung, in deren Hand das Schicksal des jungen Reiches lag. Man richtete seine Gebete nach Weimar, der lichtumflorten Goethestadt, in der vertrauensvollen Zuversicht, daß uns von dort nur Gutes kommen könne, und man begleitete die deutschen Unterhändler, die nach Versailles gingen, um uns den Frieden zu bringen, mit den besten Hoffnungen auf ein rasches Gelingen ihrer schicksalreichen Mission. Aber ach, was ist aus allen diesen Erwartungen geworden?

Wir stehen am Ende des Jahres 1919 — können wir doch alles, was es uns gebracht hat, mit ihm zugleich in das Meer der Vergessenheit versenken! Noch heute waren wir auf den Frieden, müde, armürrig, wundgeritten an Leib und Seele, so daß schließlich, wenn er uns wirklich noch einmal vergönnt werden sollte, kaum noch ein Mensch sich nach ihm umwenden dürfte. Gläubige Seelen hatten unter den furchtbaren Erdrüttungen der Novembertage des vorigen Jahres, angenommen, die lebenserhaltenden Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages würden, wenn es erst um Frieden ginge, durch erträglichere, durch menschlichere Vereinbarungen abgemildert werden. Niemand hat es eine genauere Entfaltung gegeben als hier. Nicht nur, daß der Friedensschluß Monat um Monat verschoben wurde in der ständlich unerbittlichen Hast, und politisch, rechtlich, wirtschaftlich in der Zwischenzeit immer tiefer ins Elend zu führen, und dadurch immer widerstandsfähiger zu machen, wir mußten schließlich auch einen Vertrag unterschreiben, so maßlos in allen seinen Forderungen, so verlegend bis ins dritte und vierte Geschlecht, daß von einer „verborgenen Hand“ gesprochen werden konnte, die es fertig brachte, dieses Dokument des Unfriedens mit dem Siegel des Deutschen Reiches zu versehen. Aber auch damit war es noch nicht genug. Eine Zeit war Herr Müller, der deutsche Minister des Auswärtigen, im Spiegelbild des Verfallers Schellöps, um dort unter Urteil zu vollziehen. England, Frankreich, Italien ließen uns danach noch Wochen und Monate warten, ehe auch sie sich zur Ratifizierung des Friedens bereitwillig, am Ende, im November oder Dezember, uns den bedingungslos anerkennen der Friedensurkunden anboten. Aber zuvor werden uns, unter hallohen Schutzmaßnahmen, noch einmal die Daumenschrauben angezogen, und eben jetzt ist abermals ein Sandes- und Fesseln im Gange, um vielleicht noch die oder jener neuen — weder im Waffenstillstand noch im Friedensvertrag vorgesehen — Bedingung noch ein paar Worte abzumarkieren. Der Friede, den das neue Jahr uns bringen soll, wird uns ein abschreckendes Mittel sein.

St. der durch die Behandlung der Friedensfrage höchsten feindlichen Verfassung unseres Volkes konnten auch unsere inneren Angelegenheiten natürlich nicht gehen. Schon im März gab es neue revolutionäre Ausschüsse, Spartakus erhob, in der Hauptstadt wie an anderen Orten im Reich, immer höher sein Haupt, in Bayern kam es sogar zur Errichtung einer kommunistischen Räuberherrschaft, die eine ganze Reihe aufrechterhalten wurde, bis sie einer Reichsregierung erlag, der Bürgerkrieg tobte durch das Land, und immer frecher wagten sich blutiger Terror, Auflehnung gegen Gesetz und Ordnung, freewillige Selbstmord und alles Niederbrechende Nachtlosigkeit hervor, um schließlich einen Zustand der Verlorenheit und Verwilderung herbeizuführen, den nur uns jetzt Tag für Tag von ausländischen Beurteilern beschimpfen lassen können. Allenfalls die äußere Ordnung und Sicherheit hat sich in den letzten Wochen wieder etwas gebessert, aber unsere ganze Wirtschaft befindet sich in einer trostlosen Verfallensphase, und mit der moralischen Verfallensphase des Volkslebens ist es ärger bestellt als je. Es liegt in uns, die Bilanz des Jahres 1919 — das einzige, was wir ihm nachdenklichen Bürgern in den Augenblick, da es seinen Lauf vollendet, ist ein Bild der Verlorenheit, daß dieser schrecklich brodelnde Hysterie endlich unter uns entzündet. Wenn er doch auch bald aus unseren Gedanken und Erinnerungen getilgt werden könnte!

Haben wir jetzt vielleicht den Tiefpunkt unseres Elends überschritten? Werden wir 1920 wieder aufzutauchen beginnen, was 1919 verdrücken hat? Kennte jemand den Übergang vom alten ins neue Jahr zu einer Selbstbefreiung, nicht zur Erneuerung von Mühen und Leid und allumfassender gegen andersgeartete Vorgesessenen. Wir sind allumfassend — wenn wir diese ewige Wahrheit doch endlich einmal aufrichtig bekennen und beherzigen wollen. Dann brauchen wir nach abermals einem Jahre nicht mehr so voller Verzweiflung in die Zukunft zu blicken.

Dr. Sy.

Clemenceau gegen die Sowjetregierung.

Kein Frieden mit Russland.
In seinen Erklärungen über die auswärtige Politik in der französischen Kammer gab Clemenceau einen Bericht über die mit England und den Vereinigten Staaten abzuschließenden militärischen Garantieverträge und kam dann auf die anlässlich der Londoner Konferenz geleistete Arbeit zu sprechen, die von Versailles, der sich noch in London befand, fortgesetzt wurde. Er hob die Notwendigkeit eines engeren Bündnisses mit England hervor und freilich die Friedensfrage, die man jetzt in einer alle beteiligten den Rest zu liegen hoffe. Bei der Erwähnung der Probleme, die den Balkan, Anatolien, Syrien und Polen betreffen, erklärte Clemenceau, die Frage von Konstantinopel sei immer noch in der Schwebe. Man berate sie gegenwärtig in London.

Zu der russischen Frage übergehend, brandmarkte Clemenceau die Sowjetregierung in heftigen Ausdrücken. Sie sei die barbarischste und beschämteste, die je existiert habe. Er faßte: Nicht nur schickten wir seinen Frieden mit Sowjetrußland, wir werden uns auch nicht mit ihm abfinden.

Clemenceau erinnerte an die kühnen Opfer, die Frankreich und England gebracht hätten, um die russischen Patrioten zu unterstützen, von denen man hätte annehmen können, daß sie ihr Land wieder aufstehen würden. Er betonte, daß diese Aufwendungen nicht ewig weiter dauern würden. Deutschland schied sich an, heimlich einen Teil Rußlands zu kolonisieren, deshalb müsse man um Rußland einen Stachelstift ziehen.

Von warmen Beifall unterbrochen, schloß Clemenceau mit dem Hinweis, daß man sich von diesen zur Zeit übergeben müßte. Er kündigte die Abtritt der Regierung an, nach Beendigung der Zahlen zurückzutreten und hob hervor, daß es kein Scheitern für ihn werde. Die Kammer brachte Clemenceau eine Südnahme dar.

Die Revolution in französischer Beleuchtung.

Deutschlands Ausverkauf.
„Nachdem die deutschen Sozialisten“, schreibt A. de Guillerulle im „Lemps“, „zur Macht gekommen waren, mußten sie, da sie an ihr Versprechen gebunden waren, die allerwichtigsten Fragen zurückstellen und ihre ganze geistliche und administrative Kraft auf die Sozialisierung und auf die Umänderung der Gesellschaft nach dem marxistischen Programm verwenden. Diese Hall, die Wünsche des Proletariats zu verwirklichen, hat die Katastrophe bejaumt. Inzwischen zehn Monaten hat die Revolution das Nationaleigentum, das vier Jahre lang kaum angegriffen hatte, in Frage gestellt. Die besorgten Steuern und die angelegte Vermögensverwaltung haben eine Auswanderung des Kapitals bewirkt, die eine politische Maßnahme unzulänglich umstände ist. Die Fabriken, Maschinen, Gebäulichkeiten, überhaupt alles, was nicht auswandern kann, wird zu niedrigen Preisen an Ausländer verkauft. Die Engländer kaufen die Ruhrgebiete, die „National City Bank“ aus New York läßt sich in Berlin und anderen Städten nieder, die „Guaranty Trust Company“ hat ebenfalls mehrere Agenturen in Deutschland. . . . Dieser Prozess wird durch die Beschaffung der Kriegskosten, die ein halbes Jahrhundert lang das Ergebnis der deutschen Arbeit megalant, begünstigt, und die deutsche Regierung steht mit Schreden diesen Verfall, auf dem Namen zum Kognome fest, aber es fehlt ihr der Mut auszugeben, daß ihre marxistischen Utopien nicht verwirklicht werden können. Sie steht vor, die Funktionen ihrer Anhänger dadurch zu verweigern, daß sie immer höhere Röhre bewilligt, den arbeitslosen Nationalisten und Weltunterworfenen zuzulassen, und zwar in einer Höhe, die selbst durch die höchsten Gewinnen nicht ausgeglichen werden kann. Die gegenwärtige Lage wird solange dauern, wie das sozialistische Regime dauert, und wenn die politische und finanzielle Reaktion zu lange auf sich warten läßt, dann wird eine vollständige Umwertung der Welt und der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands die Folge sein. . . . Laß was man nicht mehr in Deutschland ändern können.“

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Das neue Reichswappen. Die Reichsregierung hat als neues Wappen den einfarbigen schwarzen Adler auf goldgelbem Schilde gewählt. Der Adler wird in einfacher, heraldischer Form ohne jedes Schmückendes dargestellt. Von dem bisherigen Reichsadler unterscheidet er sich demnach dadurch, daß die Krone auf dem Kopfe, der prächtige Adler im Brustschilde und das hierauf angebrachte Hohenzollernwappen sowie die Felle des Ordens vom Schwarzen Adler weggefallen sind. Die sogenannte Wappenskrone, d. h. Schmelz, Krone und Kränze, sind von roter Farbe. Der für Dienstkleid, Uniformen usw. zur Verwendung kommende Reichsadler ohne Schilde zeigt das gleiche Bild wie der Adler des Reichswappens, abgesehen von kleinen Abweichungen, die durch den Wegfall der einengenden Umrahmung begründet sind.

Gefährdung der deutschen Steuern durch die Entente. In einer Rede in Manchester äußerte Lord Balfour Cecil, daß die Deutschen durch ihre neue Steuer-

gesetzgebung den Willen zur Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber den Verbündeten zu beweisen scheinen. Durch die neue Steuererhebung werde den Verbündeten der nicht zu umgehende Eingriff in das deutsche Nationalvermögen erleichtert und technisch möglich gemacht. Der Londoner Vorkriegskorrespondent des „Manchester Guardian“ schreibt, daß in den Kreisen des englischen Währungs- und Vermögensbildungsinstitutes mit einem Ertrags von 80 bis 100 Milliarden Mark aus der deutschen Vermögensabgabe für die Währungsmaßnahme zugunsten der Verbündeten gerechnet wird.

Österreichische Proteste gegen den Einheitsstaat. Der Bericht der Reichlichen Nationalversammlung, eine Einheitsstaat zu schaffen, zeigt in der bayerischen Bauernschaft, einer geschworenen Gegnerin dieses Planes, bereits keine Wirkung. Der politisch links orientierte bayerische Bauernbund und die rechtsstehenden Christlichen Bauernvereine stellen die bisherige geneigte Bekämpfung ein und gehen unter Führung Dr. Helm zu gemeinsamen Abwehr zusammen. Gleichzeitig wendet sich der bayerische Bauernbund in schriftlicher Weise gegen Erbsenbergs Finanzpolitik und gegen das Länder-Verleierungs-Gesetz, das den Gemeinden neue finanzielle Selbstständigkeit raubt. Auch diesmal müsse wieder, genau wie in den früheren Zeiten nach dem Kriege, der Bauernbund das Volk retten.

Vergleich mit dem Führen von Lippe. Der Vergleich über das Domizium zwischen den früheren Fürsten zur Lippe und dem Freistaat Lippe wurde in der letzten Sitzung des lippschen Landtages einstimmig angenommen. Der frühere Fürst erließ aus dem Domizium das frühere Reichsrecht in Delmold, das Jagdschloß Lohrberg, die Weier, Langhorn, das Schloss Langhorn, die Ehrenhöfener Weiler, insgesamt an Grundbesitz 3529 Hektar 20 Ar 19 Quadratmeter, eine Million Mark in bar, die Besingung über verfallende Forderungen in Höhe von rund 600000 Mark und Teile des Kammerguts. Die Sozialdemokraten erklärten, daß sie dem Vergleich nur zustimmen, um der jahrzehntelangen Rechtsunsicherheit bei einem Prozeß am Ende zu geben.

Nichtbestätigung des Sächsischen Regierungspresidenten. Die sächsische Regierung hat die Bestätigung des Justizrates Lande als Regierungspräsidenten von Düsseldorf abgelehnt. Lande gehört der mehrheitspolitischen Partei an und verwalte seit dem Rücktritt Dr. Krues kommissarisch das Regierungspräsidium in Düsseldorf.

Der Prozeß Erbsenberger-Selzer. Das Hauptvergehen gegen den früheren Staatssekretär Dr. Selzer wegen Verleumdung des Reichsfinanzministers Erbsenberger ist jetzt von der 4. Strafkammer des Landgerichts I Berlin abgelehnt worden. Die Verhandlung soll bestimmt im Januar stattfinden, und zwar vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I. Die Verleumdung des Reichens wird dadurch möglich, daß Dr. Selzer durch seinen Verleumder Dr. Aisberg auf jegliche Erklärungen verweigert hat.

Tschecho-Slowakei.

Engere Verbindung mit Deutschland. Kürzlich hat Präsident Masaryk die Führer aller Parteien zu sich bitten und eröffnete ihnen, der tschechisch-slowakische Staat sei gesonnen, eine neue Orientierung zu suchen. Er erbat, Masaryk, halte eine politische Verbindung mit Deutschland und Österreich für dringend geboten. Wie in angeweisenen Kreisen verlaute, nahmen die Parteiführer, ein Vorhaben einer Umänderung an Deutschland mit freiem Verstand an und drückten die Verfassung aus, daß ein enges Zusammengehen mit Deutschland der beste Weg für den tschechischen Staat recht vorzuziehende Folgen aben würde. Es gelang aber schließlich dem Präsidenten Masaryk, die Parteiführer dahin zu bringen, daß sie die ihm dringend empfohlene Politik schließlich auch wirklich auszuüben sich bereit erklärten.

Italien.

D'Annunzio verläßt Rom. Die römischen Zeitungen melden, d'Annunzio habe sein Kommando in Fiume abgegeben und befinde sich nun an Bord des Kriegsschiffes „Raimonda“, das gerade abreisen wollte als der Dichter sich zu diesem Entschloß. Im Auswärtigen Amt liegt darüber noch keine Mitteilung vor.

Polen.

Wieder eine Regierungskrisis. In maßgebenden Kreisen machen sich Besorgungen bemerkbar, daß die neue Regierung auflösende sein wird, ihren Wärdern nachzukommen. Besonders wird an einer erpriehtlichen Arbeit der Minister Grabski und Dzierzki gemangelt. Allgemein herrscht die Ansicht vor, daß die jetzige Regierung sich nur noch einige Wochen am Puber halten wird.

Russ In- und Ausland.

Rußi. Vom Ende der Deutschen Legion wird mitgeteilt, daß in seinem Abzug alles stromisch ruhig ist, nur hie und da kleine Vorkommnisse. Der Feind läßt sich am Tage fast gar nicht sehen. Die Deutsche Legion ist zurzeit 200 Mann stark.

Wemel. Man trägt sich mit dem Gedanken, die Eiserne Division nach ihrer Demobilisierung in Arbeitsgemeinschaft